



MEHR BEZAHLBARER WOHNRAUM

160 neue Wohneinheiten entstehen in Menden - SPD unterstützt Bauvorhaben

>>> Die Region benötigt 30.000 neue Wohneinheiten in den kommenden 15 Jahren. Für die SPD ist dieser Bedarf ein klarer Auftrag, neuen Wohnraum zu schaffen. Auf allen politischen Ebenen ist dabei klar, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen allen Wohnformen gefunden werden muss. Bezahlbarer und geförderter Wohnraum muss hierbei ausreichend berücksichtigt werden. Hierbei setzen die Sozialdemokraten auf öffentliche Wohnungsbauengesellschaften und eine differenzierte regionale Abstimmung. An verschiedenen Stellen im Sankt Au-

gustiner Stadtgebiet wird neuer Wohnraum in den kommenden Jahren entstehen. Das neueste Projekt ist im Zentrum von Menden. Dort entstehen 160 neue Wohneinheiten einschließlich Parkplätzen sowie eine neue KiTa. In dieses Bauprojekt soll auch altersgerechtes Wohnen einbezogen werden.

Die SPD unterstützt dieses Projekt und folgt damit weiter ihrer Linie, den mehrheitlichen Wünschen und Forderungen aus der Mendener Bürgerschaft und Geschäftswelt nachzukommen.

Das vorgestellte Wohnkonzept passt sich aus Sicht der SPD gut dem Umfeld an und ist mit vielen Grünflächen aufgelockert. Besonderes Augenmerk legen die Sozialdemokraten auf eine vielschichtige Mischung der zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner. So entstehen u.a. barrierefreie 1-bis-5-Zimmer-Wohnungen für Einzelpersonen, junge Familien, aber auch Senioren. Wir verzichten bewusst auf die Planung eines neuen Supermarktes und erhoffen uns durch die neuen Wohnflächen eine weitere Stärkung der Geschäfte vor Ort.



SANKT AUGUSTIN PROFITIERT VON ROT-GRÜNER STÄDTEBAUPOLITIK IN NRW

>>> Oftmals wird der Politik der Vorwurf gemacht, von einer Wahl zur nächsten zu denken. Am Beispiel der Städtebauförderung in Nordrhein-Westfalen wird deutlich, dass die damals SPD-geführte Landesregierung deutlich über den Wahltag hinaus gedacht hat. Unsere Heimatstadt profitiert nun sehr deutlich von dieser Politik. Der Neubau des multifunktionalen Jugendzentrums, die Einrichtung der Campus Magistrale an

der Hochschule, die Mobilitätsstation im Zentrum und nun auch der Umbau des Karl-Gatzweiler-Platzes werden vom Land gefördert. Möglich wird dies durch das integrierte Handlungskonzept (IHK), das die Stadt Sankt Augustin für den Zentrumsbereich auf den Weg gebracht hat. Diese ganzheitliche Stadtentwicklung haben SPD und Grüne in NRW zur Grundlage für Städtebauförderung gemacht. Die Früchte hiervon trägt nun die

Stadt. Die Belebung des Karl-Gatzweiler-Platzes durch die neue Einkaufswelt ist für alle erlebbar. Gut, dass dieser zentrale Platz in Sankt Augustin nun ein neues, modernes und funktionales Gesicht bekommt. Als SPD setzen wir uns dafür ein, dass zukünftig auch kulturelle Veranstaltungen hier vermehrt stattfinden.

RADVERKEHR IST WICHTIGER VERKEHRSTRÄGER IN EINER STAUGEPLAGTEN REGION

>>> Die Planungen für einen Radschnellweg zwischen Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis über Sankt Augustin wurden wieder aufgenommen. Bereits 2016 hatte es erste Ansätze für eine Verbesserung der Rad-Infrastruktur gegeben, die von der SPD aufgrund unkalkulierbarer Haushaltsrisiken für Sankt Augustin abgelehnt wurden. Die SPD unterstützt nun die neu vorgelegten Maßnahmen und setzt auf eine zügige Realisierung. Gegenüber den ersten Planungen im Jahr 2016 haben sich die Rahmenbedingungen inzwischen verändert und die Kosten sollen

vollständig vom Land NRW getragen werden. Gleichzeitig nehmen die Staus insbesondere im Berufsverkehr in der Region dramatisch zu. Die vom Landesbetrieb Straßen NRW bereits veröffentlichten Großbaustellen in und um Bonn werden die Situation in den kommenden zehn Jahren weiter verschärfen. Viele Pendler auch aus Sankt Augustin steigen daher aufs Fahrrad, E-Bike und Pedelec für den Weg zur Arbeit um. Immer mehr Arbeitgeber unterstützen dies, indem sie stärker auf das „Dienstfahrrad“ als auf das „Dienstauto“ setzen. Dieses Engage-

ment der Unternehmen und ihrer Mitarbeiter muss auf eine entsprechende Infrastruktur treffen.

Wichtig ist der SPD dabei eine Wegeführung, die möglichst auf Kreuzungen und Ampeln verzichtet und so einen echten Zeitgewinn gegenüber der Nutzung eines Autos ermöglicht. Wir hoffen, dass der Radschnellweg schnellstmöglich realisiert wird und so einen wirkungsvollen neuen Baustein im regionalen Mobilitätskonzept darstellt.

SPORTSTÄTTEN FIT MACHEN

>>> Nachdem die Sportplätze in Sankt Augustin in den vergangenen Jahren erneuert worden sind, braucht die Stadt einen Plan für ihre Sporthallen und Schwimmbäder. Die SPD setzt sich daher dafür ein, dass das Sportstättenentwicklungskonzept überarbeitet und an die Herausforderungen der Sportvereine und der Sporttreibenden angepasst wird. Auch bei angespannter Haushaltslage muss es aus Sicht der Sozialdemokraten möglich sein, einen langfristigen Plan für die Zukunft des Sankt Augustiner Sports zu entwickeln. Wir setzen daher darauf, dass die Kommunalauf-

sicht den Bau eines zentralen Kombi-Bades genehmigt und wir somit ein attraktives Schwimmsportangebot für unsere Stadt erhalten können. Unsere Sporthallen müssen für moderne Sportangebote ausgestattet sein und gleichzeitig ausreichend Kapazitäten für den Schul- und Vereinssport vorhalten. Dieses Ziel ist nicht kurzfristig zu erreichen, einen Plan zu entwickeln indes schon. Die SPD wird in der Sportkommission aktiv für das kämpfen, was im Rahmen der städtischen Finanzlage möglich ist, um das Sportangebot zu verbessern.

INHALT DIESER AUSGABE

SPD Rhein-Sieg wählt und schärft Profil **Seite 2**

Schwarz-Grün im Kreis steht beim Wohnungsbau auf der Bremse **Seite 3**

SPD setzt sich für bezahlbare Wohnungen ein **Seite 4**

Neuer Radschnellweg nach Bonn geplant **Seite 4**



„HEIMAT“ NICHT DEN RECHTEN ÜBERLASSEN

Der Begriff Heimat erlebt eine erstaunliche Renaissance. Häufig wird der Begriff von der politischen Rechten jedoch instrumentalisiert und ausgrenzend gebraucht. Ob es auch einen sozialdemokratischen Heimatbegriff gibt, fragten die Jusos Rhein-Sieg und die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) bei einem gemeinsamen Themenabend. Schnell einig war man sich darin, den Begriff Heimat nicht einfach den Rechten zu überlassen, sondern ihn positiv und progressiv zu besetzen. „Bedroht wird Heimat nicht durch Vielfalt, sondern durch das Schließen von Jugendzentren, Bürgerhäusern und Dorfkneipen, oder auch durch steigende Mieten, die Menschen aus ihrem Umfeld verdrängen“, so der Juso-Vorsitzende Mario Dahm. Wilfried Hanft (SGK) sah die Aufgabe der Kommunen darin, entsprechende Angebote zu schaffen, die Begegnung und Austausch ermöglichen. Für Sara Zorlu, SPD-Fraktionsvorsitzende in Eitorf, ist die Kommunalpolitik der Ort, an dem Heimat durch politisches Handeln hergestellt werden muss.

NRWSPD LEGT KONZEPT FÜR BEZAHLBARE MIETEN VOR

Um explodierenden Mieten und der Wohnungsnot etwas entgegenzusetzen, stellte der neue Landesvorsitzende der SPD, Sebastian Hartmann, ein Konzept vor. Mittels einer neuen Wohnungsbaugesellschaft des Landes sollen neue, bezahlbare Wohnungen entstehen. Sie arbeitet dabei ohne zusätzliche Haushaltsmittel und großen Verwaltungsapparat, indem die Kommunen Grundstücke als Eigenkapital einbringen, auf denen gebaut wird. Da die Landesgesellschaft keine Gewinne erzielen muss, kann sie überall im Land Wohnraum mit günstigen Mietpreisen bereitstellen. Außerdem will die SPD Mietsteigerungen gesetzlich stark begrenzen.

„ROT PUR“ - SPD RHEIN-SIEG FÜR HÖHERE RENTEN UND MINDESTLOHN

>>> Die inhaltliche Debatte und die Wahl eines neuen Kreisvorstands standen im Mittelpunkt des Kreisparteitages der SPD im Rhein-Sieg-Kreis. Schon zuvor hatte die SPD in drei thematischen Veranstaltungen Ideen für die Themen Rente, Arbeit, Europa und Verteilungsgerechtigkeit gesammelt und diese in Anträgen auf dem Parteitag zur Diskussion gestellt. Mit diesen Positionierungen will die Rhein-Sieg-SPD auch auf Landes- und Bundesebene wirken und aktiv an einer Profilschärfung der SPD als linker Volkspartei mitwirken.

So fordern die Sozialdemokraten u.a. steigende Renten und eine neue „Garantierente“ von mindestens 1000 Euro, damit ein gutes Leben im Alter überall im Land möglich ist. Gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden. Deshalb setzt sich die SPD Rhein-Sieg für die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro ein. Auch das ist ein Mittel, um Altersarmut zu bekämpfen. Die sachgrundlose Befristung will die Kreispartei verbieten, um mehr Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Um Investitionen in Bildung, Infrastruktur und sozialen Zusammenhalt sowie einen starken solidarischen Sozialstaat zu finanzieren, sprachen sich die

Delegierten für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und einen höheren Spitzensteuersatz für Top-Verdiener aus. So könnten gleichzeitig auch Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen entlastet werden.

Auf Antrag der Jusos schloss sich die SPD der Forderung nach einem „Ticket für alle“ für 365 Euro im Jahr und einen Euro am Tag im gesamten Verkehrsverbund an. Ein solches Ticket könnte perspektivisch Mobilität für alle Menschen sicherstellen sowie Luftverschmutzung und Dauerstau effektiv bekämpfen.

Mit 96% Zustimmung wählte der Parteitag den Bundestagsabgeordneten Sebastian Hartmann aus Bornheim erneut zum Kreisvorsitzenden. Seine Stellvertreter sind Achim Tüttenberg (Troisdorf) und Sara Zorlu (Eitorf). KassiererIn ist weiterhin Nicole Sander, Bürgermeisterin von Neunkirchen-Seelscheid. Die Schriftführung übernimmt Gisela Becker aus Lohmar. Den neuen Kreisvorstand komplettieren Mario Dahm (Hennef), Tobias Leuning (Swisttal), Cornelia Mazur-Flör (Königswinter), Katja Ruiters (Much), Frank Sauerzweig (Siegburg) und Denis Waldästl (Sankt Augustin).



Der neue Kreisvorstand der SPD Rhein-Sieg

SCHWARZ-GRÜN STEHT BEIM WOHNUNGSBAU AUF DER BREMSE

>>> Bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen zu schaffen, ist die zentrale soziale Aufgabe des Jahrzehnts. Im Rhein-Sieg-Kreis fehlen bis zu 30.000 Wohnungen. Das liegt nicht nur am Zuzug, sondern z.B. auch daran, dass durchschnittlich immer weniger Personen in einem Haushalt zusammenleben. Wird der Wohnraum knapp, steigen die Preise. Das lässt sich auch im Rhein-Sieg-Kreis beobachten. Gerade in den Ballungsgebieten gibt es kaum noch bezahlbare Wohnungen. Die Folge ist ein Verdrängungsmechanismus.

Menschen mit kleinen Einkommen werden aus ihrem Umfeld verdrängt. Die SPD-Kreistagsfraktion arbeitet seit Jahren an diesem wichtigen Thema, scheitert mit Vorschlägen aber immer

„Investieren statt spekulieren.“

wieder an der schwarz-grünen Kreistagsmehrheit, die allenfalls halbherzig agiert. Zuletzt lehnten CDU und Grüne den Vorschlag der SPD ab, die Aktien-

anteile des Kreises am RWE-Konzern zu veräußern und die erzielte Summe in den Bau von Wohnungen mit bezahlbaren Mieten im öffentlichen Eigentum zu investieren. „Wir sind erstaunt, dass die Grünen im Hambacher Forst gegen das RWE demonstrieren, im Rhein-Sieg-Kreis aber gemeinsam mit der CDU eisern daran festhalten, Aktionär des Kohlekonzerns zu bleiben, statt kreiseigene Wohnungen zu bauen“, bedauert der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dietmar Tendler, die Haltung der Kreistagsmehrheit.



SOZIALER ARBEITSMARKT ALS CHANCE FÜR DIE REGION

SPD-Kreistagsfraktion hatte zur Diskussion geladen

>>> „Langzeitarbeitslose brauchen eine realistische Chance auf eine Arbeit, die sie leisten können“ - mit diesen Worten begrüßte Dietmar Tendler, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, interessierte Gäste zu einer Podiumsdiskussion zum sozialen Arbeitsmarkt. Auf Betreiben der SPD werden 150.000 neue, staatlich unterstützte Jobs geschaffen, um Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu bieten, die sonst kaum Fuß fassen könnten. Professor Dr. Stefan Sell von der Hochschule Koblenz stellte die Funktionsweise dieses Arbeitsmarktes vor. Zunächst werde ein Lohnkostenzuschuss gezahlt, der nach und nach reduziert wird. Der Geschäftsführer des DGB in Bonn/Rhein-Sieg, Jörg Mährle, sah in dem vorliegenden Gesetzentwurf von Bundesarbeitsminister Heil

(SPD) ebenfalls eine Chance und beschrieb das aktuelle System als würdelos. Kreishandwerksmeister Thomas Radermacher betonte, dass man nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen dürfe und verhindern müsse, dass ganze Generationen langzeitarbeitslos blieben.

Hinsichtlich der Aufgabenfelder auf dem sozialen Arbeitsmarkt betonte Ralf Holtkötter vom JobCenter Rhein-Sieg, dass es keinen Mangel an geeigneten Tätigkeiten etwa in sozialen Einrichtungen oder Kommunen gebe. Unterstützung von Menschen mit körperlichen Einschränkungen, die Pflege von öffentlichen Flächen oder einfache Verwaltungstätigkeiten zur Unterstützung von Fachkräften kämen in Frage.

DENIS WALDÄSTL ZUM VIZE-LANDRAT GEWÄHLT

Der Kreistag wählte den 31-jährigen Sozialdemokraten Denis Waldästl aus Sankt Augustin zum stellvertretenden Landrat des Rhein-Sieg-Kreises. Waldästl folgt damit auf Sebastian Hartmann, der das Amt nach seiner Wahl zum Landesvorsitzenden der SPD in NRW niedergelegt hatte. Er gehört dem Kreistag seit 2014 an und sitzt ebenfalls im Stadtrat von Sankt Augustin.

SPD-FRAKTION KRITISIERT PROJEKT „LEAD CITY“

Als Mogelpackung bewerten die SPD-Verkehrspolitiker die Maßnahmen im Rahmen des ÖPNV-Modellprojekts in Bonn und dem Kreisgebiet. Allen Angebotsverbesserungen droht mangels langfristiger Finanzierung schon nach 1,5 Jahren wieder das Aus. Vom einstigen „kostenlosen Nahverkehr“ ist nur noch eine Umstiegsprämie für Bonner Neukunden mit dem großspürigen Namen „Klimaticket“ übrig geblieben.